

Gewerkschaften nutzen Personalnot, um bessere Arbeitsbedingungen zu verlangen

Der Interregionale Gewerkschaftsrat Bodensee hat ein Massnahmenpaket erarbeitet, das den Arbeitskräftemangel entschärfen soll.

Valeska Blank

Eigentlich, so könnte man meinen, ist der Arbeitskräftemangel ein Problem der Unternehmerinnen und Firmenchefs: Schliesslich sind sie es, für die die Personalrekrutierung immer mühseliger wird. Und sie sind es, die sich attraktiver präsentieren müssen, um genügend Angestellte anzulocken.

Doch jetzt haben sich auch die Gewerkschaften, quasi der Gegenpol zu den Arbeitgebern, das Thema auf die Fahne geschrieben. Sigi Langenbahn, Präsident der liechtensteinischen Gewerkschaft LANV, machte an einer Medienorientierung des Interregionalen Gewerkschaftsrats (IGR) Bodensee keinen Hehl daraus, warum dem so ist: «Wir können das Momentum nutzen, um gewisse Branchen attraktiver zu machen.» Reinhard Stemmer vom Vorarlberger Gewerkschaftsbund fügte an: «Der Druck auf diejenigen, die in stark betroffenen Branchen arbeiten, wird wegen der Personalnot immer grösser.» Gerade deshalb sei der Arbeitskräftemangel auch ein Gewerkschaftsthema.

In diesem Zusammenhang präsentierte der IGR gestern in Schaan einen Massnahmenkatalog, wie die Arbeits- und Rahmenbedingungen verbessert werden können – und wie der Personalmangel im Vierländer-eck entschärft werden kann. Eine Auswahl der Vorschläge:



Bärbel Mauch, DGB-Region Südostwürttemberg, LANV-Präsident Sigi Langenbahn, Lukas Auer vom Thurgauer Gewerkschaftsbund und Reinhard Stemmer, ÖGB Vorarlberg, präsentierten das Massnahmenpaket zur Mobilisierung von Personalressourcen. Bild: Nils Vollmar

1 Höhere Löhne – vor allem im Gesundheitsbereich.

Dieser Punkt ist eigentlich offensichtlich – trotzdem gibt es laut dem IGR noch Nachholbedarf, vor allem im Gesundheits- und Bildungsbereich.

2 Mehr verbindliche Gesamtarbeitsverträge.

Österreich steht in diesem Bereich schon gut da, während die anderen Bodensee-Anrainerländer inklusive Liechten-

stein noch hinterherhinken. LANV-Präsident Langenbahn kritisierte in diesem Zusammenhang den immer noch fehlenden allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsvertrag in der liechtensteinischen Gastronomie, der letztes Jahr geplatzt ist.

3 Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

«Gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Flexibili-

sierung der Arbeitszeit sind von Bedeutung», schreibt der IGR. In Liechtenstein soll eine bezahlte Elternzeit noch dieses Jahr im Landtag behandelt werden. Langenbahn kritisierte in diesem Zusammenhang die abwehrende Haltung der hiesigen Wirtschaft.

4 Mehr Frauen in den Arbeitsmarkt.

Liechtenstein fällt mit einer vergleichsweise tiefen Frauen-

erwerbstätigkeit auf. In Süddeutschland arbeiten währenddessen viele Frauen in ungewohnter Teilzeit. «Man müsste mit ihnen das Gespräch suchen und eine Erhöhung des Pensums aktiv anbieten», sagte IGR-Präsidentin Bärbel Mauch.

5 Bessere Integration von Geflüchteten.

Eine weitere Forderung der Gewerkschaften: Zugewanderte Menschen brauchen eine bes-

sere Integration in gute Arbeit. «Ihre im Ausland erworbenen Berufsabschlüsse und Qualifikationen müssen schneller und unbürokratischer anerkannt werden», heisst es im Massnahmenkatalog.

6 Mehr qualifizierte Zuwanderung.

Ein heisses Eisen in Liechtenstein, das die Zuwanderung von Ausländern eher restriktiv handhabt. Laut dem Bodensee-Gewerkschaftsrat sind ausländische Fachkräfte aber nötig, um die Personalnot etwas abzufedern.

7 Ältere Arbeitnehmende halten und fördern.

Eine Idee, die immer stärker diskutiert wird: Arbeit übers Pensionsalter hinaus – und Frühpensionierungen möglichst vermeiden. Das bedingt aber «eine alters- und altersgerechte Arbeitsmarkt- und Unternehmenspolitik», schreibt der IGR.

8 Schwarzarbeit soll unterbunden werden.

Dieser Punkt lag vor allem Lukas Auer vom Thurgauer Gewerkschaftsbund am Herzen: Es mangle in seinem Kanton an Kontrollpersonen, die Unternehmen mit schwarz arbeitenden Angestellten sanktionieren. «Dadurch werden Bemühungen zur Verbesserung der Arbeits- und Rahmenbedingungen zunichtegemacht.»

Mehr Gemüse, weniger Fleisch: Freie Liste will nachhaltigeres Kantinenessen bei den öffentlichen Unternehmen

Die Kantinen der Uni Liechtenstein, des Landesspitals, der LAK und der Landesbank sollen künftig auf die «Planetary Health Diet» setzen.

In den Augen der Freien Liste ist die Ernährung «ein wesentlicher Einflussfaktor auf das Klima und deshalb ein wichtiger Hebel in der Bewältigung der Klimakrise». Aus diesem Grund hat die Oppositionspartei vergangene Woche einen Vorstoss betreffend den öffentlichen Kantinen beim Parlamentsdienst eingereicht: Die Regierung soll eine Anpassung der Eigner- respektive Beteiligungsstrategien bei der liechtensteinischen Landesbank, dem Landesspital, der liechtensteinischen Alters- und Krankenhilfe (LAK) sowie der Universität Liechtenstein prüfen. Konkret soll geprüft werden, die Strategien der genannten Institutionen derart anzupassen, dass «die Verpflegung in den Kantinen sich nach der «Planetary Health Diet» ausrichtet», heisst es im eingereichten Vorstoss.

Nur noch 300 Gramm Fleisch pro Woche

Die «Planetary Health Diet» bezeichnet eine Ernährungs-

weise, die dazu beiträgt, die UN-Nachhaltigkeitsziele und das Pariser Klimaabkommen zu erreichen. Sie sieht eine Ernährung vor, die vor allem auf Gemüse, Früchte, Hülsenfrüchte, Vollkornprodukte, hochwertige Öle und Nüsse basiert. Dagegen sollte etwa nur 43 Gramm Fleisch pro Tag beziehungsweise 301 Gramm pro Woche konsumiert werden. Aktuell liegt in der Schweiz der wöchentliche Fleischkonsum pro Kopf bei 780 Gramm.

Würde die «Planetary Health Diet» global umgesetzt werden, könnten gemäss Experten damit 10 Milliarden Menschen ernährt werden – eine Bevölkerungsmarke, die die Erde wohl im Jahr 2050 knacken dürfte.

«Klare Stossrichtung zu mehr Nachhaltigkeit»

Überraschend kommt der Vorstoss der Freien Liste nicht: Bereits im Frühling 2022 reichte sie ein Postulat ein, das in die ähnliche Richtung zielte. Die Regierung wurde damals einge-



Die Verpflegung in den Kantinen soll nachhaltig sein: Dies will die Freie Liste in den Eigner- und Beteiligungsstrategien bei öffentlichen Unternehmen festschreiben. Bild: Keystone

laden zu prüfen, wie das Essen in den Kantinen der öffentlichen Hand nachhaltiger gestaltet werden könnte. Das Ergebnis war eine 76-seitige Postulatsbeantwortung, die aufzeigt, was bei den Kantinen der öffentlichen Hand bereits in puncto Nachhaltigkeit unternommen wird. Aber auch «wo weiteres Potenzial ausgeschöpft werden kann», so die Freie Liste. Dabei sei eine grundsätzliche Erkenntnis aus der Beantwortung des Postulats, «dass die künftige Ernährung weniger fleischlastig sein muss und vermehrt agrarökologische beziehungsweise biologisch produzierte Produkte beinhalten soll, die kurze Transportwege hinter sich haben».

Mit dem nun eingereichten Vorstoss möchte die Freie Liste einen Schritt weitergehen als in ihrem Postulat: Durch die Anpassung der Eigner- und Beteiligungsstrategien soll bei der Gestaltung des Kantinenangebots «eine klare Stossrichtung zu mehr Nachhaltigkeit eingefordert werden», schreibt die Oppositionspartei. (equ)